



Medienmeldung, 31. Oktober 2013

## **Stärkere politische Einflussnahme**

**Auch unter seinem neuen Geschäftsführer Thomas Blum wird sich der Verband Solothurner Einwohnergemeinden zu den wichtigsten politischen Geschäften im Kanton pointiert äussern und klar positionieren. Die Stellungnahmen des VSEG werden im Vorstand diskutiert, damit Präsident und Geschäftsführer mit der Regierung breit abgestützt verhandeln können. In Bezug auf eine noch stärkere politische Einflussnahme, beispielsweise bei den kantonalen Parlamentariern, ist 2014 auch eine Klausurtagung geplant.**

An der Vorstandssitzung von letzter Woche waren erneut die Kosten in den Bereichen Gesundheit und Sozialwesen das grosse Thema. Die Leistungsfelder Gesundheit, Altersbetreuung und Spitex haben sich in den vergangenen Jahren in finanzieller Hinsicht sehr stark entwickelt und dies vor allem zu Lasten der Gemeinden. Der VSEG wehrt sich dagegen, dass Verbände mit einem legitimen Eigeninteresse ihr subventioniertes Leistungsfeld selbst bestimmen und kontinuierlich ausbauen, ohne dass die Geldgeber Leistungsgrösse und -qualität vorgängig bestimmen und sanktionieren. Der VSEG will hier, gemeinsam mit dem Kanton, finanzierbare Angebote definieren und damit die Kostensteigerung stoppen.

### **Taskforce für die KESB**

In Bezug auf die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB hat das Amt für Soziale Sicherheit ASO unter Leitung von Claudia Hänzi gemeinsam mit der VSEG-Geschäftsführung als kurzfristige Massnahme eine Taskforce KESB mit Vertretern der Sozialdienste, des VSEG, der KESB sowie der ASO-Amtschefin eingeschaltet. Als weitere Sofortmassnahme wurden die KESB-Organisationen angewiesen, sämtliche Administrativfälle ohne grösseren Abklärungsbedarf auf Stufe Administration zu erledigen. Die Abklärungsaufträge an die Sozialdienste, welche eine Mehrbelastung bei den Sozialregionen auslösten, wurden vereinfacht und effizienter ausgestaltet. Die Taskforce wird in den nächsten Wochen und Monaten die notwendigen Korrekturen im Organisations- und Ablaufbereich der neugegründeten KESB analysieren und den effektiven Bedürfnissen einer effizienten Organisation anpassen. Ziel dieser Massnahme ist, dass der Kanton Solothurn, die Gemeinden und die Sozialregionen möglichst rasch eine schlagkräftige und qualitativ hochwertige KESB-Organisation erhalten.

Im Bereich Gesetzliche Sozialhilfe ist sowohl nach Meinung des VSEG wie auch des Amtes für Soziale Sicherheit eine Kosten- und Strukturreform notwendig. Der VSEG wird eine Arbeitsgruppe einsetzen, welche bis Ende März 2014 einen Vorschlag zur zukünftigen Entwicklung der Sozialkosten im Kanton Solothurn ausarbeitet. Dieser soll dem Kanton anschliessend als mögliche neue Modell-Kostenlösung eröffnet und verhandelt werden.



## VERBAND SOLOTHURNER EINWOHNERGEMEINDEN

Geschäftsstelle  
Bolacker 9  
Postfach 217  
4564 Obergerlafingen  
Tel. 032 675 23 02  
info@vseg.ch  
www.vseg.ch

### **Trotz Mitwirkung negative Äusserungen**

Der VSEG hatte aktiv in der Steuerungsgruppe zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden NFA SO mitgewirkt und das neue Modell grundsätzlich positiv zuhanden der Vernehmlassung verabschiedet. Der Verband der Gemeindebeamten (VGS) sowie das Netzwerk kleine und mittlere Gemeinden Kanton Solothurn (kmgSO) haben sich während der Vernehmlassungsfrist ausführlich und teilweise negativ über die Neugestaltung geäussert. Ebenfalls negativ hat die Stadt Olten Stellung genommen. Der VSEG-Präsident sowie der Geschäftsführer werden hier noch das Gespräch suchen.

### **Mehr Spielraum für die Schulleitungen**

Seit 2007 verfügt das solothurnische Bildungswesen über ein geleitetes Schulsystem. Seit diesem Zeitpunkt sind sehr viele Aufbauarbeiten durch den Kanton und die Gemeinden geleistet worden. Eigentlich hätte sich das Volksschulamt durch die Abschaffung des Inspektors spätestens seit dem Jahre 2011 aus der operativen Steuerung der Schule vor Ort verabschieden sollen. Zum Teil ist genau das Gegenteil eingetroffen. In den letzten Jahren musste jedoch – vor allem von Seiten der Gemeinden – festgestellt werden, dass der Kanton mit seinen gesetzlichen Grundlagen und vor allem dem Kontrollsystemen eine Schulleitungsorganisation geschaffen hat, die damit an die zeitlichen Grenzen stösst. Ebenso ist bei den Gemeinden und Schulleitungen der Eindruck entstanden, dass man sich von der seinerzeit beabsichtigten professionellen Schulleitung immer mehr entfernt und zur professionellen Schuladministration im Auftrag des Kantons verkommt. Zum Teil werden die Schulen vom Kanton übersteuert.

Die Gemeinden und auch die Schulleitungen kommen zum Schluss, dass die Einführungsphase eines geleiteten Schulsystems nun definitiv abgeschlossen ist. Diese Einschätzung deckt sich auch damit, dass in den vergangenen Jahren die wirklichen Schulleiter-Versuchsphasen vor Ort abgeschlossen wurden und sich praktisch in sämtlichen Schulgemeinden eine professionalisierte Führungsstruktur etabliert hat.

Der VSEG unterstützt die Stossrichtung in Richtung teilautonome Volksschule und wird sich mit der Regierung diesbezüglich absprechen, wie diese Ziele erreicht werden können.

### **Neuer Lehrplan 21 – Kostenexplosion für die Gemeinden und den Kanton?**

Im Kanton Solothurn wie auch in den übrigen Deutsch-Schweizer Kantonen soll ab Schuljahr 17/18 der neue Lehrplan 21 eingeführt bzw. umgesetzt werden. Zurzeit läuft in den betroffenen Kantonen die entsprechende Vernehmlassung. Die Kantone, die Verbände und auch die Gemeinden sind gefordert, das komplexe Projekt hinsichtlich Zukunftsfähigkeit, Qualität im Bildungswesen sowie dessen strukturellen und finanziellen Auswirkungen zu erfassen und entsprechende Eingaben zu formulieren. Der VSEG-Geschäftsführer durfte sich in den vergangenen Wochen an verschiedenen Veranstaltungen über den Inhalt, die Ziele sowie die Auswirkungen informieren lassen. Dabei musste festgestellt werden, dass die seinerzeit hochgesteckten Ziele eines harmonisierten Lehrplans schon seit längerer Zeit von den politischen Behörden (Regierungsräte) aufgegeben wurden.

Der nun zur Vernehmlassung vorliegende Lehrplan 21 ist mit Sicherheit ein Bildungsführungsinstrument, welches zum Teil gravierende Veränderungen für die Kantone wie auch für die Gemeinden nach sich ziehen wird. Den Kantonen wird es als Kompromisslösungsansatz überlassen sein, die Stundentafel sowie die Bestimmungen zur kantonaleigenen Schul- und Unterrichtsorganisation festzulegen. Kernpunkt des Lehrplans 21 bildet jedoch die Auswahl der zukünftigen Lehrmittel und auch die nötige Weiterbildung der Lehrpersonen.

Der VSEG verlangt vom Regierungsrat, dass im Rahmen des nun laufenden Vernehmlassungsverfahrens die effektiven Kostenentwicklungen im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21 den Gemeinden aufgezeigt werden können.



## VERBAND SOLOTHURNER EINWOHNERGEMEINDEN

Geschäftsstelle  
Bolacker 9  
Postfach 217  
4564 Obergerlafingen  
Tel. 032 675 23 02  
[info@vseg.ch](mailto:info@vseg.ch)  
[www.vseg.ch](http://www.vseg.ch)

### **Sparmassnahmenpaket 2014 (Massnahmenplan)**

In Bezug auf den Massnahmenplan des Kantons will sich der VSEG im Rahmen der Runden Tische im November äussern.

#### *Für Rückfragen:*

Kuno Tschumi, Präsident VSEG, Tel. 032 681 32 30, [tschumi.vseg@derendingen.ch](mailto:tschumi.vseg@derendingen.ch)

Thomas Blum, Geschäftsführer VSEG, Tel. 032 675 23 02, [info@vseg.ch](mailto:info@vseg.ch)